

SICHERLEBEN

Wichtige Informationen für Mandanten und Geschäftsfreunde der Firma Pscherer GmbH, 91054 Erlangen



Sparvorteil

Wann jährliche Beitragszahlung vorteilhaft ist

Sie kennen es: Die Menschen erzielen ihre Einnahmen in aller Regel monatlich, und auch ihre Ausgaben fallen monatlich an. Versicherungsbeiträge werden so üblicherweise auch monatlich bezahlt; das kann unvorteilhaft sein.

In den Bereichen der privaten Lebens-, Renten-, Berufsunfähigkeits-, Kranken- und Pflegeversicherungen werden die Beiträge in der Regel monatlich vorschüssig bezahlt. Sie können diese aber z.B. auch jährlich vorschüssig bezahlen und sparen dadurch ca. 5% Beitrag. Dafür müssen Sie den gesamten jährlichen Beitrag zum Beginn des Versicherungs-/Kalenderjahres bezahlen. Wie rentabel ist das für Sie?

Da Finanzmathematik im deutschen Ausbildungssystem kaum gelehrt wird, würden Ihnen die Formeln, nach denen dieser Effektivzins berechnet wird, nichts nützen. Merken Sie sich einfach das Ergebnis dieser Berechnungen: die Versicherer haben den Effektivzins mit grob 13% pro Jahr kalkuliert; bei seinerzeit einem viel höheren allgemeinen Zinsniveau.

Was folgt daraus? Eine echte Ersparnis von ca. 13% p.a. dürfte – bei den aktuellen Zinssätzen – für Sie selbst dann noch attraktiv sein, wenn Sie – theoretisch – Ihr Girokonto permanent im Minus führen würden.

Somit sollten Sie auf jährliche – oder zumindest halbjährliche – Beitragszahlung umstellen, wenn Sie entsprechende Verträge* haben. Wenn Sie das tun, dann sollten Sie vor allem bei höheren Jahresbeiträgen darauf achten, dass vor jeder Abbuchung das entsprechende Guthaben auf diesem Konto ist.

(* Für Fondspolizen lohnt sich in aller Regel die Jahreszahlung nicht, da von vorne herein als Monatsbeitrag kalkuliert.)

// Gerhard Pscherer, 14Jan2013 //

Liebe Leserin,
Lieber Leser,



die Schuldenkrise der EU-Länder und der großen Banken, die nach wie vor täglich „gerettet“ werden (müssen), geht weiter. Die Sparer, Anleger und Vorsorge betreibenden Menschen – wie auch die Lebensversicherungsunternehmen – sind zu Opfern gemacht geworden, z.B. über erzwungene künstlich niedrige Zinsen. Das begann in 2012 und wurde da als „Finanzielle Repression“ bezeichnet. Jetzt in 2013 wird die Sprache klarer und der Zinsraub wird offen ausgesprochen. Gleichzeitig haben die Euro-Staaten die Enteignungsklausel für alle neuen Staatsanleihen der Euro-Zone ab 2013 beschlossen. Die Teil-Enteignung wurde gerichtsfest gemacht. Enteignung ist somit 2013 zum ganz großen Thema geworden. Wir zeigen Ihnen wie Sie dennoch sinnvoll vorsorgen können.

Weiter weisen wir Sie darauf hin, wie Sie die Effektivbeiträge Ihrer Kranken-, Lebens- und Rentenversicherungen senken können. Das macht besonders Sinn in dieser Niedrigzinsphase, in der Sie kaum einen Anlagezins erhalten.

Hinzu kommt, dass der Staat seit Jahresbeginn einen direkten Zuschuss zu einer neuen Pflegezusatzversicherung ohne Gesundheitsfragen zahlt! Das ist sehr interessant. Wir informieren Sie.

Im letzten Artikel greife ich eine Unsitte der Finanzindustrie auf, die in den letzten 15 Jahren immer größere Blüten treibt und nun ein Ausmaß erreicht hat, das nicht mehr hinnehmbar ist. Glücklicherweise ist parallel dazu eine neue Produktwelt erblüht, auf die Sie gespannt sein können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Gerhard Pscherer



Was uns das neue Jahr bringt.

2012 stellte die Politik eine wichtige Weiche. Diese wird fortgesetzt und weist den weiteren Weg. Die Opfer sind diejenigen Sparer und Anleger, die langfristig privat Altersvorsorge betreiben (müssen), wollen sie später der drohenden Altersarmut entgehen. Opfer sind darüber hinaus auch die Institutionen, die diese Altersvorsorge organisieren. Es gibt aber auch Positives.

2012 war, wie auch schon die Jahre zuvor, gespickt mit Krisengipfeln zur „Rettung“ insbesondere der Eigentümer der großen Banken. Dabei rausgekommen sind in erster Linie die Teilnehmer, die reingegangen sind – und immer mehr Staatschulden. Durch dieses Durchwurschteln wurden aktuell schlimme Auswirkungen gerade für die deutsche Bevölkerung vermieden bzw. (korrekter) kaschiert. Das dürfte auch das vorrangige Staatsziel der deutschen Regierung im Wahljahr 2013 sein. Gelingt ihr das weitere Durchwurschteln, dann ist an dieser Front nur wenig Bewegung zu erwarten.

Die Geschehnisse um die „Finanzklippe“ (was für ein Unwort) machten – endlich wieder – deutlich, dass es eben nicht nur um die EU-Schuldenproblematik geht, sondern auch um die der USA. „Der Westen“, wie wir uns oft mit Stolz bezeichnen, wird gesamthaft von denen vor sich hergetrieben, die die Zinsen und Zinseszinsen für die Schulden vereinnahmen. Dieses Strukturmerkmal kann an dieser Stelle nicht vertieft werden, sollte aber als ein Kernproblem erkannt und gemerkt werden.

Einen Pressehinweis dazu kann ich mir aber doch nicht verkneifen: „Für die großen US-Banken entfaltet die Dauerrettungspolitik der Notenbanken eine geradezu stimulierende Wirkung. Goldman Sachs, J.P. Morgan Chase und Wells Fargo profitieren von der Niedrigzinspolitik und den Stützungskäufen der Notenbank im Immobilien- und Anleihemarkt. Sie melden für die drei Monate des dritten Quartals einen Gesamtgewinn von zwölf Milliarden Dollar.“

(Handelsblatt Morning Briefing, 17Okt2012)

Gewinner und Verlierer sind die beiden Seiten der gleichen Medaille. Den Bevölkerungen ist die Verliererseite zugewiesen.

Die erfolgte wichtige Weichenstellung der Politik in 2012 war der Weg in die „Kalte Enteignung“: „Unsere Staatenlenker ... haben sich für den organisierten Diebstahl entschieden: mit erzwungenen Radikal-Niedrigzinsen werden die Sparer um ihre Reserven gebracht. Seit Monaten wird feinsinnig eine ‚finanzielle Repression‘ diagnostiziert, als handele es sich um eine geldliche Befindlichkeitsstörung wie Wechseljahrbeschwerden. In Wahrheit geht es um systematische Enteignung.“ (handelsblatt.com 04Jan2013)

„In den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten war es für eine Versicherung, eine Pensionskasse oder eine Fondsgesellschaft kein

Problem, eine vorzeigbare Rendite zu erwirtschaften, ohne übermäßige Risiken einzugehen. Das geht jetzt nicht mehr.“

(handelsblatt.com 09Nov2012)

Sicher sind nun nur noch reale Verluste und die entsprechende Enteignung! So teileignet müssen wir Opfer auch noch Abgeltungssteuer zahlen und darüber hinaus Bonitäts-, Ausfall-, Schwankungs- und weitere Risiken tragen. Der absolute Irrsinn, der aber wenig ins Wählerbewusstsein dringt. Insofern ist dieser Weg der Politik „klug“ gewählt, und sie wird ihn fortsetzen: eine „Vermögensabgabe“ (welch wunderbares Wort für weitere Enteignung) steht schon in den Startlöchern, die Kombination mit einer „Zwangsanleihe“ wird empfohlen: Neue Formen der Enteignung drohen nicht nur, sie kommen.

Die Lebensversicherungen sind, wie wir, in diesem Spiel auch Opfer, und keineswegs Täter: Die Politik geht „inzwischen auf Nummer sicher, dass ihr Zinsraub auch wirklich wie geschmiert läuft. So werden nicht nur die Notenbanken gedrängt, mit immer massiveren Anleihekäufen die Zinsen unten zu halten. Auch der Druck auf Geschäftsbanken, Versicherungen und Pensionsfonds wächst, immer weitere europäische Staatsanleihen zu übernehmen. Mal müssen sie für die Staatstitel kein Eigenkapital unterlegen, mal werden bedrohte Banken und Pensionsfonds direkt in die Staatsschuldenfinanzierung gezwungen.“ (handelsblatt.com 04Jan2013)

Der dargestellte Zinsraub führt über negative Realzinsen zu Enteignung. Das ist das eine große Thema, das Sparer und Anleger in 2013 stark betrifft. Das zweite große Thema sind die „Neujahrsgrüße“ der EU: Die Euro-Staaten haben die Enteignungsklausel für alle neuen Staatsanleihen der Euro-Zone ab 2013 beschlossen. Die „Teil-Enteignung wird gerichtsfest gemacht.“ (welt.de 08Jan2013) Enteignung ist somit 2013 zum ganz großen Thema geworden.

„Die Staatspleite soll also leichter gemacht werden. Aus Sicht der Staaten ist dies sogar ein verständliches Ansinnen. Denn viele Länder leiden unter der enormen Last der aufgehäuften Schulden. Spätestens wenn irgendwann die Zinsen wieder steigen sollten, dürften viele an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten. Risikolos ist es also ohnehin schon längst nicht mehr, dem Staat sein Geld zu leihen. Dies wird für Kleinsparer jedoch künftig zu einem wahren Vabanque-Spiel.“

(welt.de 08Jan2013)



„Die Welt“ folgert richtig: „Während ein Anleger gegen Unternehmen, die so handeln, vor Gericht vorgehen kann, sitzt er beim Staat als Gegner letztlich immer am kürzeren Hebel.“ (welt.de 08Jan2013) Dass dies die ohnehin unsicher gewordenen EU-Staatsanleihen noch unsicherer macht, erschließt sich ohne weiter nachzudenken.

Was können/sollten Sie als Sparer, Anleger bzw. Vorsorgetreibender in diesem „alternativlosen“ Szenario tun? Ob als Investmentfondsanleger oder im Rahmen einer Rentenversicherung.

- Sie sollten zunächst akzeptieren, dass diese Situation für Sie real alternativlos ist. Sie müssen sich damit abfinden und sich in ihr bewegen, wollen Sie nicht eine Revolution anzetteln und die Regierung(en) zum Teufel jagen. Also akzeptieren Sie und bewegen Sie sich möglichst klug in der Ihnen vorgegebenen Struktur.
- „Den Sparern bleibt nur eine Chance, sich dem Zinsraub zu entziehen. Sie müssen andere Anlageklassen wählen. Und sie tun es bereits in zusehends größerer Zahl – der Boom an den Immobilien- und Aktienmärkten hat darin einen Grund.“ (handelsblatt.com 04Jan2013) Das gilt auch für den Schutz vor der neuen EU-Enteignungsklausel für Staatspapiere. Andere Anlageklassen wählen, das können Sie übrigens auch intelligent im Rahmen einer Rentenversicherung tun.

Wir unterstützen Sie gerne dabei, dass Sie Ihre Anlageform und Ihren Mix finden für die aktuelle Krisenzeit, die uns noch lange erhalten bleiben wird.

// Gerhard Pscherer, 14Jan2013 //

Investmentfonds

Gebühren kräftig gestiegen. Was Sie tun können.

Traditionelle Investmentfonds sind immer teurer geworden und werden noch teurer. Trotz stärkerem Wettbewerb greifen die Anbieter den Sparern und Anlegern immer tiefer in die Tasche. Was Sie tun können.



Wir betreiben das Geschäft mit Investmentfonds seit etwa 1985 und kennen diesen Markt gut und genau. Seit etwa 15 Jahren ist der Trend auszumachen und zu beobachten, dass bei traditionellen aktiv gemanagten Fonds die Ergebnisse für die Kunden immer unattraktiver werden, während gleichzeitig die Kosten nach oben schießen.

Die Kostenexplosion spielt sich ganz unterschiedlich ab. Fangen wir mit der Gesamtkostenquote „TER“ (Total Expense Rate) an. Diese TER umfasst neben den Managementgebühren auch Kosten für Werbung, Wirtschaftsprüfer oder Anwälte – vor allem aber nicht die Transaktionskosten der Fonds. Die TER wurde 2004 eingeführt und verpflichtet seither jeden Fonds sie zu ermitteln und auszuweisen. Ein Schritt in die richtige Richtung, der aber leider nicht zu geringeren TER führte, sondern zu höheren. „Vor allem bei den Managementgebühren langen die Emittenten immer dreister zu.“ (Financial Times Deutschland 25Apr2008) Die TER erfasst auch nicht die meist neu geschaffenen zusätzlichen erfolgsabhängigen Gebühren, neudeutsch fast einheitlich als „Performance Fee“ bezeichnet. Wohl gemerkt, diese Gebühr addiert sich zu den stark gestiegenen Managementgebühren und wurde nicht nur bei neu aufgelegten Fonds eingeführt, sondern leider auch nachträglich zu bestehenden.

Hinzu kommen die intransparenten Transaktionskosten. Diese entstehen dann, wenn gehandelt wird, also z.B. VW-Aktien im Portfolio verringert werden zugunsten weiterer Siemens-Aktien, um nur ein beliebiges Beispiel zu nennen. Stichwort: „Hin und her macht Taschen leer.“ Es geht weiter: „Rücknahmegebühr“; vermutlich die jüngste Ausgeburt der Finanzin-

dustrie. Ohne jede Gegenleistung zahlen Sie dann, wenn Sie Ihre Fondsanteile verkaufen, aktuell bis zu 3 Prozent dieses Ihres Vermögens; morgen vielleicht noch mehr. Ohne jede Gegenleistung und eine riesengroße Sauerei. Falls Ihre aktuellen Fonds diese Gebühr im Moment nicht haben, so kann diese nachträglich eingeführt werden. Sie können sich also bei einem Fondskauf überhaupt nicht sicher sein, was demnächst oder in ein paar Jahren sein wird ...

Die Liste und die Beispiele ließen sich seitenweise verlängern. Sie führen immer mehr zu der Frage, wie sich angesichts dieser Kosten die Produkte für die Sparer und Anleger noch vernünftig rentieren sollen/können. Hinzu kommt, dass die Fondsmanager nur selten ihren Vergleichsindex schlagen. Und „wenn ein aktiv gemanagter Fonds seinen Vergleichsindex schlägt, liegt das nicht immer an herausragenden Fähigkeiten seines Managers – meistens ist es einfach nur Glück.“

(dasinvestment.com 08Dez2009)

Es kann wirklich kein Mensch vorhersagen, welche Fonds und welche Manager künftig bessere oder schlechtere Ergebnisse erzielen werden. In der Praxis werden ständig Vergangenheitswerte genommen und in die Zukunft projiziert; oft sehr eindrucksvoll mit optisch ansprechender EDV-Unterstützung.

Aber das ist sachlich gesehen alles Unsinn. Aus Vergangenheitswerten lassen sich weder die Ergebnisse der nächsten Jahre ableiten noch vorhersagen, welche der Fondsmanager sich in diesen Jahren als besonders erfolgreich erweisen werden. Alles andere ist gefährlicher Unfug, mit dem man Ihnen in der Regel nur das Geld aus der Tasche ziehen will.

Dies führt erneut zu den Kosten und zu der Frage, welche Fonds man denn im Depot haben sollte:

- **Kosten:** Sie sollten so kostengünstig wie möglich kaufen. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Denn die kostengünstigen Fonds, die nur einen Bruchteil der traditionellen Kosten beinhalten, und z.B. gar keine Transaktionskosten, sind mit dem verbreiteten Provisionsvertrieb aktiver Fonds unvereinbar: kein Unternehmen kann ohne Einnahmen überleben.
- **Welche Fonds im Depot sein sollten:** Studien zufolge trägt die Auswahl der richtigen Anlageklasse zu rund 90 Prozent zum Anlageerfolg bei, während die Auswahl des richtigen Zeitpunkts (Timing) nur zu etwa 4 Prozent beisteuert, und die vielgerühmte Titelselektion gar nur zu rund 3 Prozent. Es gilt: Sie als Kunde brauchen keine Produkte, sie brauchen Beratung und Lösungen.

Wir waren schon immer bestrebt diese beiden Punkte bei Kundenanlagen miteinander zu verbinden, was im Provisionsvertrieb früher ausgewogen und gut möglich war, zunehmend aber nur noch unzureichend gelingt – mangels geeigneter Produkte. Vor allem, wenn wie dargestellt die Kosten traditioneller Fonds explodieren. Wir sind uns des Problems bewusst und werden Ihnen zum Ende des ersten Halbjahres 2013 hier ein Lösungskonzept vorstellen. Seien Sie gespannt.

// Gerhard Pöschner, 14Jan2013 //

Geförderter Pflegeschutz ohne Risikoprüfung

Seit Jahresbeginn zahlt der Staat einen direkten Zuschuss zu einer neuen Pflegezusatzversicherung ohne Gesundheitsfragen! Das ist sehr interessant. Wir informieren Sie.

Die Regierung will, dass mehr Menschen zusätzlich eine ergänzende Pflegeversicherung abschließen. Das ist verständlich, da das notwendig ist, aber von der Bevölkerung seit Jahren einfach nicht angenommen wird. Das soll sich jetzt ändern.

Gefördert werden – und abschließen dürfen – „alle Personen im Alter von über 18 Jahren ...“, sofern sie Beiträge zur obligatorischen privaten oder sozialen Pflegeversicherung leisten und keine Pflegeleistungen in Anspruch nehmen oder genommen haben.“ (VersicherungsJournal 07Jan2013) Nach Vorerkrankungen wird noch nicht einmal gefragt. Zum Ausgleich besteht maximal fünf Vertragsjahre lang kein Versicherungsschutz.

Geleistet wird wie bekannt in den Pflegestufen I bis III. Eine Pflegestufe 0 wird neu eingeführt zum Stichwort Demenz. Wir mailen Ihnen auf Ihren Wunsch gerne eine detaillierte Information.

Der Staat schreibt Mindestleistungen vor, die nicht unterschritten werden dürfen. Umgekehrt dürfen Versicherer aber Kunden besserstellen. Das sorgt für Wettbewerb und hat schon zum Einführungszeitpunkt dazu geführt, dass die Barmenia Mehrleistungen bietet; z.B., dass nach Unfällen auch in den ersten fünf Jahren geleistet wird.

„Schließt zum Beispiel ein 30-jähriger Single einen Vertrag ab, erhält er demnach für 15 Euro (Monatsbeitrag) von der Barmenia im Pflegefall rund 829 Euro (monatlich) ... Für einen 50-jährigen Versicherten wird die Angelegenheit schon kostspieliger. Unterschreibt er die geförderte Pflegeversicherung, zahlt er monatlich 24,78 Euro bei der Barmenia, um einen Betrag von 600 Euro in der höchsten Pflegestufe III zu erhalten ...“

Einen Leistungsanspruch haben natürlich auch Pflegebedürftige, die einer niedrigeren Pflegestufe angehören. Abweichend von der



Empfehlung des Interessenverbandes der privaten Krankenversicherer (PKV) zahlt die Barmenia in Pflegestufe I mindestens 30 und in Pflegestufe II 60 Prozent von 600 Euro, also 180 und 360 Euro im Monat.“

(manager magazin 07Jan2013)

Befürchtet wird, dass sich eine schlechte Risikoselektion ergibt, wenn zu viele kranke Menschen diesen Tarif abschließen, während gesunde Menschen lieber ungefordert Tarife mit Risikoprüfung wählen und sich dadurch bewusst in eine gute Risikoselektion begeben.

Weitere Angebote werden folgen. Ein auch EDV-gestützter Tarifvergleich wird erst später möglich sein. Wenn Sie sich für einen Abschluss interessieren, dann können Sie es jetzt tun oder auch warten bis sich der Markt entwickelt hat. Auf

alle Fälle sollten Sie sich darüber klar sein, dass mit diesem kleinen staatlich geförderten Pflegeschutz die finanzielle Lücke nach eingetretener Pflegebedürftigkeit nicht geschlossen werden kann. Dazu ist darüber hinaus weiterer Pflege-Versicherungsschutz erforderlich. Wir hoffen, dass es mit diesem Produkt gelingt breite Bevölkerungsschichten für die Notwendigkeit einer ergänzenden Pflegeversicherung zu sensibilisieren. Das wäre in unserer vergreisenden Gesellschaft ebenso wichtig wie nötig

// Gerhard Pscherer, 14Jan2013 //

Impressum

HERAUSGEBER

Pscherer GmbH
Unabhängiger Versicherungsmakler für
Berufsunfähigkeitsversicherungen,
Renten- und Lebensversicherungen,
Pflege- und Krankenversicherungen
Investmentfonds

Fichtestraße 17 A
91054 Erlangen
Deutschland

Telefon 09131-2 00 52/53
Anrufzeiten Mo-Fr 9-13 Uhr
danach Sekretariatservice
Beratungstermine nach Vereinbarung
Telefax 09131-20 65 73
E-Mail info@pscherer.de
Internet www.pscherer.de

Mitglied im



GESTALTUNG

Feuerpfel Werbeagentur, Bayreuth
www.feuerpfel.de

WICHTIGER HINWEIS

Trotz sorgfältiger Prüfung der Informationen kann eine Garantie für die Richtigkeit nicht übernommen werden. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion der Pscherer GmbH. Entwürfe und Pläne unterliegen dem Schutz des Urheberrechts.